Nummer 180

Mit Kurszettel **Berliner Börsen-Zeitung** Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: Walther Funk, Politischer Teil: I.V.: Arnold Seglitz, Kunst und Wissenschaft: Franz Köppen, Lokales und Sport: Gerhart Reutner, sämtlich in Berlin.

Verantwortlich für den Inseratenteil Christian Hagen, Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Abendausgabe . 20 Pfennig. 73. Jahrgang Dienstag, 17. April 1928

Der slowenische Klerus läßt deutsche Gräber zerstören.

So wirbt man nicht um Deutschlands Freundschaft!

BS **Laibach**, 16. April.

Eine Verordnung des slowenischen Bischofs Dr. Karlin hat in der deutsch-südslawischen Grenzstadt Marburg a. d. Drau ungeheure Erregung und Entrüstung hervorgerufen. Der erst vor einigen Jahren aus Triest nach Marburg versetzte Bischof wendet nämlich in der Behandlung seiner Kirchenkinder Methoden an, die das italienische Regime in Süd-Tirol in den Schatten stellen. Bekanntlich ist es in Süd-Tirol verboten, deutsche Grabinschriften anzubringen, doch stammt dieses Verbot von staatlicher, und nicht von kirchlicher Seite. Der slowenische katholische Bischof hat aber nun angeordnet, **daß der wunderschöne deutsche Stadtfriedhof, der eine Sehenswürdigkeit ist und in dem viele tausend Grabsteine für das Deutschtum zeugen, zerstört und die Gräber eingebnet werden.** Für dieses brutale Vorgehen kann dieser slowenische Geistliche keinen einzigen sachlichen Grund angeben. Der Friedhof ist weder so gelegen, daß seine Aplanierung der Stadt einen städtebaulichen Vorteil brächte, noch ist er so überfüllt, daß er aus gesundheitlichen Gründen gefährlich werden könnte. Es ist in der ganzen Welt Sitte, Friedhöfe, in denen nicht mehr beerdigt wird, erst nach Menschenaltern einzuebnen, um den Verwandten die Möglichkeit zu geben, ihre Gebete an den Gräbern zu verrichten. Im Stadtfriedhof ist noch kürzlich beerdigt worden. Bischof Dr. Karlin kennt dieses Gebot der Pietät anscheinend nicht. Schon jetzt ist der Friedhof geschlossen und der Brunnen versperrt, so daß die Angehörigen ihre Gräber nicht mehr pflegen können. Es wird Zeit, daß energisch gegen diese Kulturschande eingeschritten wird, die die Slowenen an den 70 000 Deutschen ihres Landes begehen. Nicht genug damit, daß sie nicht nur das deutsche Schul- und Vereinswesen restlos zerstört und 10 000 Deutsche aus dem Lande getrieben haben, wollen sie nun ihr Mütchen auch noch an den Toten kühlen.

Letzte Arbeiten an der neuen Eisenbahn-Verkehrsordnung

Oesterreichs Verkehrsminister morgen in Berlin.

Morgen trifft der österreichische Bundesminister für Handel und Verkehr, Schürff, in Berlin ein, um dem Reichsverkehrsminister Koch einen Besuch abzustatten. Den unmittelbaren Anlaß zu der Reise des österreichischen Verkehrsministers geben die bevorstehenden Schlußverhandlungen über die neue Eisenbahnverkehrsordnung. Die bisherige deutsche Eisenbahnverkehrsordnung stammt aus dem Jahre 1908 und ist seit 1909 in Kraft. Sie ist schon durch die inzwischen eingetretenen Umwälzungen im Verkehrs- und Wirtschaftsleben stark revisionsbedürftig geworden. Ein weiterer Anlaß, sich mit der Verkehrsordnung zu beschäftigen, war dadurch gegeben, daß im Laufe dieses Jahres, nämlich am 1. Oktober, die neuen internationalen Uebereinkommen über die Regelung des Eisenbahnverkehrs in Kraft treten sollen. Es handelt sich dabei um das in Bern abgeschlossene Abkommen über den internationalen Güterverkehr und ferner um das Abkommen über den Personen- und Gepäckverkehr. Es lag nahe, zu diesem Zeitpunkt auch eine neue Auflage der innerdeutschen Verkehrsvorschriften vorzunehmen und dabei, wie bisher, innigstem Einvernehmen mit dem österreichischen Bruderstaat vorzugehen. Dementsprechende Verhandlungen sind mit Oesterreich schon vor längerer Zeit eingeleitet worden. Sie haben zu einer weitgehenden Uebereinstimmung geführt und sollen in den nächsten Tagen in Berlin abgeschlossen werden. Diesem Zweck dient in erster Linie die Anwesenheit des österreichischen Verkehrsministers. Die neue Verordnung ist auch, wie von zuständiger Seite betont wird, im engsten Einvernehmen mit den verschiedenen Kreisen der deutschen Wirtschaft zustande gekommen. Nachdem zu Beginn des Jahres die verschiedenen Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft zu dem Entwurf der Verkehrsordnung Stellung genommen hatten, ist der Entwurf im Monat März dem Reichseisenbahnrat vorgelegt worden mit dem Ergebnis, daß auch hier ein Einverständnis erzielt worden ist. Das Kabinett hat sich in den letzten Tagen mit dem Entwurf der neuen Verordnung beschäftigt und ihr gleichfalls zugestimmt. Die Verordnung geht nunmehr dem Reichsrat zu und dürfte von ihm schon in nächster Zeit erledigt werden, so daß damit zu rechnen ist, daß die neue Verordnung im Laufe des Mai veröffentlicht werden kann. In Kraft treten wird sie allerdings erst am 1. Oktober, da an diesem Tage ja auch die vorerwähnten internationalen Vereinbarungen in Wirksamkeit gesetzt werden.

— **Oesterreichisch-polnische Eisenbahnkonferenz.** In Krakau beginnt heute eine österreichisch-polnische Eisenbahnkonferenz, bei der die von seiten Oesterreichs zu gewährenden evtl. Tarifermäßigungen für den Durchgangsverkehr polnischer Kohle nach Italien besprochen werden sollen.

— **Die Dienstzeit in Frankreich.** Im Verlaufe einer Wahlversammlung in Divonnes hat Kriegsminister Painlevé hinsichtlich der Durchführung der einjährigen Dienstzeit die Versicherung gegeben, daß die jungen Leute, die im November-Dezember 1928 das 20. Lebensjahr erreichen, im November-Dezember 1930, also nach einjähriger Dienstzeit wieder aus dem Dienst entlassen werden.

— **Die Bozener „Siegesfeier" auf den 12. Juli verschoben.** Die heutigen römischen Morgenblätter erfahren, daß die Einweihung des „Siegesdenkmals" in Bozen, die am 24. Mai stattfinden sollte, auf den 12. Juli, den Todestag Battistinis, verschoben worden ist, damit sie nicht mit den Feierlichkeiten anläßlich der Turiner Ausstellung zusammenfällt.

Amerika behält unsere Schiffe.

„Rückgabe des deutschen Eigentums?"

EP **Washington, 17. April.**

Der Oberste Gerichtshof hat sieben deutsche Forderungen auf die Rückgabe deutscher Schiffe abgelehnt, darunter die Forderung, die den Dampfer „Leviathan" („Vaterland") betrifft. Fünf Rückgabegesuche sind noch nicht behandelt worden. Zwei sind von der Hamburg-Amerika-Linie ausgegangen und eine von einer dänischen Schiffahrtsgesellschaft.

Washingtons Expansionspläne in Westindien und Mittelamerika.

TU **London**, 17. April.

Die in amerikanischen Flottenkreisen bestehenden Bestrebungen auf Ankauf der westindischen Besitzungen Frankreichs und Großbritanniens (Vgl. unser heutiges Morgenblatt. Red.), die von erheblicher strategischer Bedeutung für den Eingang des Panamakanals sind, finden in englischen und französischen Kreisen starke Beachtung. **Der Plan des Ankaufs Westindiens gegen eine Schuldenherabsetzung** ist bereits bei früheren Gelegenheiten mehrfach erörtert, jedoch immer wieder fallen gelassen worden.

EP **Washington**, 17. April.

Der demokratische Senator King hat mitgeteilt, daß er im Senat einen Zusatzantrag zum Militärbudget einbringen werde, wonach keinerlei Geldmittel für die Expedition in Nicaragua gewährt werden sollen. Der Senator Brookhard hat eine Vorlage eingereicht, **wonach die Regierung ermächtigt wird, für 18 700 000 Dollar nicaraguanische Bonds zu kaufen,** um der amerikanischen Regierung ein Druckmittel im Hinblick auf den geplanten Kanalbau durch Nicaragua hindurch in die Hände zu geben. Der Senat hat eine Entschließung des Senators Blaine angenommen, worin der Marinesekretär aufgefordert wird, einen genauen Bericht über die bisherigen Ausgaben in Nicaragua einzubringen, bevor das Marinebudget behandelt werde.

Portorico fordert Selbstverwaltung.

TU **Havana**, 17. April.

Portorico, das nach dem spanisch-amerikanischen Kriege 1899 im Pariser Frieden von den Vereinigten Staaten annektiert wurde, hat **an Präsident Coolidge die Forderung auf volle Selbstverwaltung gerichtet.** Auch der Gouverneur soll fortan nicht vom Präsidenten der Vereinigten Staaten ernannt, sondern vom Volk gewählt werden. Präsident Coolidge hat noch keine Antwort erteilt.

Japanische Militär-Intervention in China.

Griff nach der Mandschurei.

Tschangtsolin wird fallengelassen.

Tokio, 17. April.

Angesichts der Möglichkeit, daß die nationalistischen Truppen in der Provinz Schantung vormarschieren, hat die japanische Regierung beschlossen, Marineinfanterie bereitzustellen, die in Tschingtau an Land gegangen ist und sich dort zu einem Marsch nach Tsinan bereit hält. Die Frage ob weitere japanische Truppen zur Verstärkung entsandt werden sollen, wird morgen entschieden werden.

TU **London**, 17. April.

Die chinesischen Nordarmeen verzeichnen, nach Berichten aus Peking, weitere Erfolge gegen die nationalistischen Truppen. General Sunschuanfang berichtet, daß er bis nach der Lunghan-Eisenbahn in der Nähe von Tangschan vorrückt und dort in der Lage ist, den nationalistischen Flügel zu bedrohen. Andere Teile der Nordarmee sind bis zu einem Punkt nördlich von Tschangtschou an der Peking—Hankau-Eisenbahn vorgerückt. An der Tschengtaifront wurden die Truppen des Gouverneurs von Schansi zurückgetrieben. Von Hankau sind große Truppenmassen über Honan nach dem Norden entsandt worden. **Besprechungen eines japanischen Vertreters der südmandschurischen Eisenbahnen mit General Feng wird große Bedeutung beigemessen.** Die Aussprache wird als Beweis dafür angesehen, daß Japan die Stellung Tschangtsolins als wankend ansieht und es für notwendig hält, sich mit General Feng als dem kommenden Mann, wenn notwendig auch gegen England und Amerika, zu verständigen. Der japanische Delegierte erklärte in einem Interview, **daß die japanische Unterstützung Tschangtsolins nach dessen Niederlage nunmehr beendet sei.**

Eine Abordnung von 23 japanischen Kaufleuten aus der Mandschurei traf gestern in Tokio ein, um der japanischen Regierung die Bitte zu unterbreiten, in der Mandschurei eine Politik der starken Hand durchzuführen. Die Delegation wird Besprechungen mit dem Ministerpräsidenten Baron Tanaka und anderen Ministern und führenden Politikern haben und auch auf verschiedenen öffentlichen Versammlungen ihren Standpunkt vertreten. Sie beklagt sich vor allem darüber, daß durch die Haltung der Regierung in Mukden dem japanischen Handelsschwerer Abbruch getan werde und daß die chinesischen Beamten eine japanfeindliche Politik betreiben. Den Einwanderern aus Korea wird die Erneuerung ihrer Landpachtverträge verweigert, auch die Erneuerung der japanischen Pachtverträge für Land- und Grubenkonzessionen auf Grund des Vertrages von 1915 wird nicht zugestanden. Der Sprecher der Abordnung erklärte gestern, **daß ein japanisches Eingreifen notwendig sei** und von den Chinesen selbst begrüßt würde.

Die Nationalisten wenden sich an Washington.

TU **London**, 17. April.

Drei Vertreter der chinesischen Nationalistischen Partei trafen gestern in Washington ein und suchten um eine Aussprache mit Staatssekretär Kellog und mit dem Präsidenten Coolidge nach. Der Führer der Delegation ist der frühere Oberbefehlshaber der nationalistischen Armee in Kanton, Shu Hsuung, in dessen Begleitung sich der frühere Präsident der nationalistischen Universität, T. Tsching, befindet. Die Kommission erklärt, daß sie Kellogg, und wenn möglich auch Coolidge die Frage der Anerkennung der nationalistischen Regierung unterbreiten und Verhandlungen für angemessene Handelsabkommen anstelle der abzuschaffenden ungleichen Verträge einleiten wolle.

Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Verhandlungen.

Erfolgreiche Besprechungen Dr. Hermes und Twardowskis.

Wien, 17. April.

Die Führer der Delegationen für die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, der frühere Reichsernährungsminister Dr. Hermes und der ehemalige polnische Minister Dr. Twardowski, die vor sechs Tagen in Wien zusammengekommen sind, haben die Besprechungen gestern mit positivem Ergebnis abgeschlossen. Dr. Hermes und Dr. Twardowski sind noch am Abend nach Warschau abgereist, wo die Handelsvertragsverhandlungen wieder aufgenommen werden.

*

Inwieweit die Besprechungen — oder Unterhandlungen — Zaleskis mit Mussolini direkt zu der Verständigung über eine Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Deutschland beigetragen haben, läßt sich nur vermuten. Da aber die Polen wissen, daß Verhandlungen ohne Entgegenkommen in der Grenzzonenfrage von vornherein aussichtslos sind, so bestätigt es sich jedenfalls, daß, wie wir im heutigen Morgenblatt berichteten, Zaleski in Rom ein kühlerer Ton entgegengelungen ist, als er erwartet hatte, daß er also die erhoffte Rückenstärkung nicht gefunden hat.

Eine Litauen-Abteilung im polnischen Außenministerium.

TU **Warschau**, 17. April.

Wie der „Kurjer Poranny" meldet, ist im polnischen Außenministerium eine besondere Abteilung für litauische Angelegenheiten errichtet worden. Zum Leiter der neugeschaffenen Abteilung ist der bisherige Leiter der Ostabteilung, Holowko, ernannt worden.

Die Schaffung dieser neuen Abteilung im polnischen Außenministerium zeigt erneut die Bedeutung, die man in Warschau den polnisch-litauischen Beziehungen beimißt. Sie verdient ebenso viel Beachtung, wie das hartnäckige Bestreben Polens, in seine Handelsverträge eine besondere litauische Klausel einzufügen. Auch die Ernennung Holowkos zum Leiter dieser Abteilung ist bedeutsam. Bekanntlich hat Ministerpräsident Woldemaras in Königsberg einige unmißverständliche Aeußerungen getan, daß Holowko in engen Beziehungen zu den gegen Litauen arbeitenden Pleschkaitis-Banden steht.

*

Mtb Kowno, 17. April.

Vor dem hiesigen Kriegsgericht stand ein gewisser 25 Jahre alter Vitkauskas, der der Spionage zugunsten Polens angeklagt war. Die Verhandlung ergab, daß Vitkauskas nach Erledigung seiner Militärpflicht im litauischen Heere in seine an der litauisch-polnischen Demarkationslinie gelegenen Heimat zurückgekehrt war und hier Beziehungen mit einem polnischen Offizier angeknüpft hatte, dem er Nachrichten aus Litauen übermittelte. Das Kriegsgericht verurteilte Vitkauskas zu lebenslänglichem Zuchthaus.

Der italienisch-französische Machtkampf im Mittelmeer.

Von

Hauptmann **Hans Rohde**, Berlin.

III.

Die Rückwirkungen im östlichen Mittelmeer und in Südosteuropa.

Die Rückwirkungen, die die Haltung Frankreichs gegenüber den italienischen Bestrebungen im westlichen Mittelmeer im östlichen Teile desselben sowie in Südosteuropa gezeitigt hat, kommen zum Ausdruck in den Besprechungen, die in der Osterwoche zwischen Mussolini und den Außenministern Griechenlands und der Türkei in Mailand stattgefunden haben. Diese Besprechungen waren ihrem ganzen Charakter nach zunächst einmal eine Demonstration — in erster Linie in Szene gesetzt von Italien in der Absicht, sich neue Trumpfe zu sichern in seinen Auseinandersetzungen mit Frankreich über Nordafrika. Sie sollten Südslawien mit einer italienisch-griechisch-türkischen Verständigung drohen und dieses dadurch zur Ratifizierung der Nettuno-Verträge und zur Anerkennung der italienischen Vorherrschaft in der Adria und auf dem Balkan zwingen, angesichts der Bedeutung Südslawiens für Frankreich gleichzeitig damit aber auch einen politischen Druck ausüben auf dieses, sich den Wünschen Italiens gegenüber gefügiger zu zeigen in den Fragen, die wie die Tunisfrage und die Frage der Neuregelung der Grenzverhältnisse im westlichen und südlichen Tripolis den Kernpunkt des italienisch-französischen Machtkampfes im Mittelmeer bilden.

Dieser ihr demonstrativer Charakter wurde noch unterstrichen einmal durch die ihnen unmittelbar folgenden Besuche der Außenminister Ungarns und Polens in Rom, denen sich jetzt auch der Besuch des stellvertretenden rumänischen Außenministers Duca angeschlossen hat, dann aber vor allen Dingen durch das Bestreben Griechenlands und der Türkei, die zwischen Italien, Frankreich und Südslawien bestehenden Spannungen ihren besonderen Zielen nutzbar zu machen. Die Besprechungen mit Mussolini sollten Italien, Frankreich und Südslawien die Bedeutung Griechenlands und der Türkei in diesen Spannungen erneut vor Augen führen und sie dadurch zu einer für Griechenland und die Türkei vorteilhaften Verständigung in den Fragen reif machen, die wieder Griechenland und der Türkei am meisten am Herzen liegen. Diese Fragen sind gegeben einmal, was Griechenland, Italien und Südslawien anbelangt, durch die südslawischen Ansprüche in Saloniki und den griechisch-italienischen Gegensatz in der Frage der der kleinasiatischen Küste vorgelagerten Inselgruppe des Dodekanes, deren Beherrschung durch Italien angesichts der überwiegend griechischen Bevölkerung dieser Inselgruppe von Griechenland seit jeher als ein Schlag gegen sein Volkstum empfunden wird. Sie sind weiterhin gegeben, was die Türkei und Frankreich anbelangt, durch die noch ungeregelte Frage der türkischen Vorkriegsschulden, dann aber vor allen Dingen, was die Türkei, Italien und Südslawien anbelangt, durch die türkische Forderung auf Freigabe des beschlagnahmten türkischen Privateigentums in Südslawien und das Bestreben der Türkei, Italien zur Aufgabe machtpolitischer Bestrebungen zu bringen, die letzten Endes auf nichts anderes als auf eine Bedrohung des kleinasiatischen Besitzstandes der Türkei hinauslaufen und dieser noch im Mossulkonflikt verhängnisvoll geworden sind.

Diese italienischen Bestrebungen zielen im wesentlichen daraufhin, sich, gestützt auf die Inseln des Dodekanes, in den anatolischen Wilajets Adalia und Konia eine eigene Interessensphäre oder, wenn möglich, sogar ein eigenes Kolonialgebiet zu schaffen. Sie traten zum ersten Mal während des Tripoliskrieges in die Erscheinung, als italienische Truppen im Frühjahr 1912 Rhodos und die nördlich davon gelegene Insel Kos besetzten. Weiterhin traten sie in Erscheinung im Herbst 1913 in einem italienischen Abkommen mit der Türkei, das Italien neben dem Ausbau des Hafens von Adalia den Bau eines Eisenbahnnetzes im südwestlichen Kleinasien übertrug, das Adalia mit der Anatolischen Eisenbahn und